

nachrichten

Ehemalige KR-Führer verneinen Mitwisserschaft

In einem neuen Bericht des Documentation Center of Cambodia wird sieben ehemaligen Führern der Roten Khmer erneut die Mitwisserschaft und Verantwortung an den Verbrechen des Pol-Pot-Regimes in den Jahren 1975-78 nachgewiesen. Der am 16. Juli 2001 veröffentlichte Bericht weist unter Auswertung von mehr als 1000 Dokumenten die Mittäterschaft von Nuon Chea, Ieng Sary, Khieu Samphan, Ta Mok, Kae Pok, Mae Muth und Sou Meth nach. Zum ersten Mal ist es gelungen einzelnen Personen konkrete Mitwisserschaft und Anordnung von Folter und Mord nachzuweisen. Zahllose Anfragen, Briefe und Eingaben belegen, dass die Führungskader nicht nur über Folter und Massentötungen informiert waren. Sie ordneten persönlich die Ermordung von Regimegegnern an. So weist der Bericht nach, dass Nuon Chea, ehemals »Bruder Nr. 2« hinter Pol Pot, die Anfrage nach Exekutionen und Folter positiv beantwortete. Die Beschuldigten streiten die Vorwürfe entschieden ab. So bezeichnete Nuon Cha die ausgewerteten Quellen als nicht authentisch. »Jeder kann alles fälschen, um die Sache der Roten Khmer in ein schlechtes Licht zu rücken. Wir haben nie eine Politik verfolgt, die die Menschen tötete. Vielmehr wurden die Khmer von den Feinden der Nation bedroht«, sagte Nuon Chea in einem Interview mit dem Far Eastern Economic Review (FEER).

vgl. www.feer.com und www.phnompenhdaily.com, 26.7.2001

Grenzabkommen

Kambodscha und Thailand wollen in Zukunft die Sicherheit und Kontrolle an der gemeinsamen Grenze verstärken. So soll der Schmuggel von Menschen, Drogen, Antiquitäten, Waffen und Waren an der bislang sehr durchlässigen Grenze vermindert werden. Darauf verständigten sich der kambodschanische Vize-Verteidigungsminister Prinz Sisowath Siroth und sein thailändischer Verhandlungspartner Chavalit Yongchaiyuth. Mit der Vereinbarung wird die Arbeit eines gemeinsamen Grenzkomitees fortgeführt, das beide Seiten 1995 zur Klärung

und Bearbeitung von Grenzproblemen gegründet hatten. Teil des Abkommens ist die Verpflichtung beider Seiten, Schmuggelware und Straftäter den jeweils zuständigen Behörden im anderen Land zu überstellen. Es soll weiterhin dazu beitragen Fragen des gemeinsamen Grenzverlaufes auf friedliche Weise zu klären. Beide Seiten versprechen sich dadurch auch eine schnellere Entwicklung der Industriezonen beiderseits der Grenze, denen von Bangkok und Phnom Penh bereits zugestimmt wurde.

vgl. phnompenhdaily.com, 31.8.01

Mehr Gewalt vor Kommunalwahlen

Eine Zunahme von politisch motivierten Gewalttaten zeichnet sich vor den kambodschanischen Kommunalwahlen 2002 ab. Bei mehreren Anschlägen wurden zwei Kandidaten von Unbekannten erschossen, ein dritter liegt schwerverletzt im Krankenhaus. Eine Koalition aus 18 NGOs warnte, dass die Zunahme politisch motivierter Gewalttaten eine ernsthafte Bedrohung für Kambodschas junge Demokratie darstelle. »Politische Gewalt stellt eine ernsthafte Gefahr für die Wahlen im nächsten Jahr sowie für die Demokratie in Kambodscha im allgemeinen dar«, sagte Sok Sam Oeun, Mitarbeiter des Aktionskomitees Menschenrechte Kambodscha (CHRAC). Im Juli war auf Uch Horn, Kandidat der Sam Rainsy Partei (SRP), ein Mordanschlag verübt wor-

den. Der FUNCINPEC-Kandidat Meas Soy wurde von einem Unbekannten in der nordkambodschanischen Provinz Kampong Chhnang erschossen. Die Parteien beider Kandidaten gehen von einem politischen Hintergrund aus. Offizielle Regierungsstellen und die Polizei verweisen jedoch auch auf wirtschaftliche und kriminelle Hintergründe. Beide Kandidaten waren in dubiose Machenschaften verwickelt, teilte die kambodschanische Polizei mit. Bei den Kommunalwahlen im Februar 2002 werben die kambodschanische Volkspartei (CPP), die monarchistische FUNCINPEC und die Sam Rainsy Partei (SRP) um die Stimmen der Wähler.

vgl. www.dailynews.yahoo.com, 21.7.2001

Mekong-Vertrag

Minister aus Indien und den Mekong-Anrainerstaaten haben ein Programm zur engeren Kooperation in den Bereichen Tourismus, Kultur, Erziehung, Transport und Kommunikation unterzeichnet. Mit dem »Mekong-Ganga-Kooperationsprogramm« haben Kambodscha, Laos, Burma, Thailand, Vietnam und Indien vereinbart, die Fortschritte der Kooperation alle zwei Jahre zu überprüfen. Ein Ministertreffen soll jedes Jahr stattfinden. Im Mittelpunkt des Programms soll die Entwick-

lung des Tourismus in den Ländern stehen. Hier wurden Kooperationen in den Bereichen Planung, Fortbildung, Marketing, Information sowie das Management von neuen Tourismuszielen vereinbart. Mit einer Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur, insbesondere durch die Eröffnung neuer Straßen und Flugrouten, erhoffen sich die Mitgliedsstaaten des »Mekong-Ganga-Programms« eine weitere Attraktivität für Touristen.

vgl. www.abc.net.au, 30.7.2001

Illegale Waffen großes Problem

Zwei Anschläge auf Hotels in Phnom Penh haben auf die Problematik von illegalem Waffenbesitz in Kambodscha aufmerksam gemacht. Seit dem die Regierung 1998 ein Programm gegen illegalen Waffenbesitz gestartet hat, sind rund 112.000 Schusswaffen in Kambodscha eingesammelt worden. Trotzdem stellt diese Zahl nur etwa 10-20 Prozent der im Umlauf befindlichen dar. Nach Schätzung der Arbeitsgruppe zur Verminderung von Waffen in Kambodscha (WGWR) liegen die Preise für Handfeuerwaffen, die nach wie vor auf einschlägigen Märkten angeboten werden, zwischen 40 und 120 US-Dollar. Besorgt äußert sich die WGWR auch über die Tatsache, dass die Mehrzahl der bereits eingesammelten Waffen nicht zerstört, sondern in Lagerhäusern verwahrt wird. »Ideal wäre, wenn alle Waffen gleich unbrauchbar gemacht würden«, meint Edgar Janz, Berater bei der WGWR.

Wegen ungenügender Registrierungs- und Lagerbedingungen wird ein Teil der beschlagnahmten Waffen wieder in Umlauf gebracht. So tauchen kambodschanische Waffen in Krisengebieten wie Sri Lanka, Aceh (Indonesien) und Mindanao (Philippinen) auf. Auch Vertreter der kambodschanischen Regierung mussten zugeben, dass viele Waffen nach ihrer Abgabe wieder in Umlauf gelangen. »Insbesondere vor den Wahlen im nächsten Jahr wird dies zu einem wichtigen Problem«, sagt Henry van der Graaf, Leiter eines EU-Projektes zur Verminderung von leichten Waffen in Kambodscha. Das EU-Projekt fördert eine sichere Registrierung von konfiszierten Waffen sowie der Waffen von Polizei und Militär. Derzeit wird Waffenbesitz in Kambodscha nur sehr unzureichend durch ein einseitiges Papier geregelt, welches aus Zeiten der UNTAC-Mission 1999 stammt.

vgl. www.cambodiajournal.com, 20.7.2001

Botschafter verabschiedet

Mit einem Abschiedsbesuch bei Senatspräsident Samdech Chea Sim hat der deutsche Botschafter in Kambodscha Harald Löschner seine vierjährige Amtszeit beendet. Löschner sagte, er werde sich aber auch weiterhin dafür einsetzen, das die Bundesrepublik Deutschland mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln die weitere Entwicklung Kambodschas unterstütze. Wer neuer deutscher Botschafter in Phnom Penh wird ist noch unklar.

vgl. www.thecambodianews.net,
31.8.01

Hun Sen plädiert für Aussöhnung

Nachdem Parlament und Senat in Kambodscha dem Gesetz zur Einrichtung eines Rote Khmer-Tribunals zugestimmt haben, hat Premierminister Hun Sen die Bewahrung von Frieden und Versöhnung angemahnt. Hun Sen sagte, die Gerichtsverfahren gegen ehemalige Führer des Pol Pot-Regimes müssten einen Mittelweg zwischen Strafe und Versöhnung finden. Es müsse ein Weg gefunden werden, der den Opfern Gerechtigkeit bringe aber auch die verschiedenen Fraktionen im Land versöhne, sagte Hun Sen weiter. Ansonsten seien Frieden und Stabilität in Kambodscha ernsthaft gefährdet. Bislang ist noch keiner der ehemaligen Roten Khmer-Führer verhaftet worden. Insbesondere die ehemaligen Kommandanten Khieu Samphan und Keo Pauk sowie der ehemalige »Bruder Nr. 2« Nuon Chea müssen ein Gerichtsverfahren befürchten, in dem sie der Mitschuld am Tod von rund 1,7 Millionen Kambodschanern durch Hunger, Krankheit und Massenmord angeklagt werden könnten. Ein international besetztes Gericht soll über die Verbrechen der Roten Khmer richten, nachdem auch der kambodschanische Verfassungsrat und König Norodom Sihanouk dem Gesetzesentwurf zugestimmt haben.

vgl. www.abc.net.au, 31.7.2001

Registrierung für Kommunalwahlen

Die kambodschanischen Behörden haben mit der Registrierung der Wahlberechtigten für die Kommunalwahlen im Februar 2002 begonnen. Kashi Nou, stellvertretender Vorsitzender des Nationalen Wahlkomitees (NEC), sagte, die Registrierung sei nur der erste Schritt in einem sehr komplexen Prozess. Für die Registrierung müssen die Bürger in ihre Heimatgemeinden zurückkehren und ihre Namen in Wahllisten eintragen lassen. Diesen Vorgang müssen sie am Wahltag zur Stimmabgabe wiederholen. Zu den nationalen Wahlen können sich die Kambodschaner in den Wahlbüros ihres Wohnortes registrieren lassen. Für viele, die innerhalb der letzten Jahre aus ihren Dörfern in die Provinz-

hauptstädte oder nach Phnom Penh gekommen sind, bedeutet das Verfahren für die Kommunalwahlen mehrere Reisetage und Verdienstausschlag. »Es liegt in der Natur der Sache, dass man sich für Kommunalwahlen in seiner Heimatgemeinde registrieren lässt und auch wählt. Wenn nicht, ist man nicht wahlberechtigt«, sagt Kashi Nou. Es liegen keine Schätzungen darüber vor, wie viele der elf Millionen Kambodschaner sich registrieren lassen werden. Die Wahlbeteiligung in Kambodscha zählt jedoch zu den höchsten der Welt. Bei den Nationalwahlen 1993 und 1998 lag die Wahlbeteiligung bei jeweils über 90 Prozent.

vgl. www.dailynewsyaho.com,
21.7.2001

Schutz für bedrohte Tiere

Das Ministerium für Landwirtschaft, Forsten und Fischerei will bedrohte Tierarten in Kambodscha besser schützen. Ab September 2001 soll ein überarbeitetes Schutzgesetz konsequenter und effektiver durchgesetzt werden. Für den Verzehr von Fleisch bedrohter Tierarten werden jetzt die Kunden haftbar gemacht. Bislang konnten nur Restaurants für das Angebot solcher Fleischsorten belangt werden. Die bisher existierenden Vorschriften werden wegen der weitverbreiteten Korruption so gut wie nicht durchgesetzt. Westliche Naturschutzexperten

kritisieren vor allem die großen Lücken im jetzigen Gesetz. Völlig unberücksichtigt blieben auch die Bedürfnisse von Minderheiten, die solche Tiere zum Eigenbedarf töten«, sagte Seng Teak, Programmkoordinator des World Wildlife Fund (WWF) in Kambodscha. Das neue Gesetz weitet Kontroll- und Sanktionsmöglichkeiten der Schutzbehörden aus. Neben technischen Neuerungen richtet das Ministerium auch Kontrollgruppen ein, die die Restaurants und Fleischhändler überprüfen sollen.

vgl. <http://www.cambodiajournal.com>,
30.7.2001

EU und Australien unterstützen Wahlen

Die Europäische Union und Australien haben finanzielle und technische Hilfen für die Kommunalwahlen in Kambodscha im Februar 2002 zugesagt. Die australische Regierung wird 306.000 US-Dollar an das United Nations Development Programme (UNDP) zahlen, welches den kambodschanischen Behörden bei der Durchführung der Wahlen behilflich ist. Dies verlautete aus offiziellen Kreisen des UNDP. Das Geld werde unter anderem zur Wähler-Aufklärung und für den Transport von

Wahlmaterial verwendet, hieß es weiter. Die europäische Union verhandelt mit Kambodscha über die Entsendung von Wahlbeobachtern. Dies sagte Klauspeter Schmallenbach, Leiter der EU-Delegation in Phnom Penh. In einem Gespräch mit Vizepremierminister Sar Khen betonte Schmallenbach die Wichtigkeit einer gewaltfreien Lage in Kambodscha vor und während der Wahlen.

vgl. www.cambodiajournal.com,
30.7.2001

nachrichten

Gesetz zu Khmer Rouge-Verfahren

Der kambodschanische Senat hat am 23. Juli 2001 das lang erwartete Gesetz zur Einberufung eines Tribunals über die Verbrechen der Roten Khmer verabschiedet. Der Gesetzesentwurf war bereits Anfang Juli vom kambodschanischen Parlament verabschiedet worden. Nach der Zustimmung des Senates fehlt jetzt noch die Einwilligung des Verfassungsrates sowie König Norodom Sihanouk.

Die Vereinten Nationen, die eine Einbindung in das Verfahren gefordert hatten, bezeichneten im Vorfeld das Rechtssystem Kambodschas als zu schwach für ein derartiges Verfahren. Deshalb sei ein international besetztes Tribunal und die Mithilfe von Rechtsexperten nötig. Der Senat sei optimistisch, dass das Gesetz auch die Zustimmung der vereinten Nationen finden werde, meinte dazu der kambodschanische Chefunterhändler Sok An. Während insbesondere ausländische Entwicklungshilfegeber auf ein schnelles Verfahren drängten, herrschten Zweifel, ob die kambodschanische Regierung ernsthaft an einem Gerichtsverfahren interessiert sei. Premierminister Hun Sen und viele seiner Kabinettsmitglieder sind ehemalige Khmer Rouge. Der Premierminister warnte davor, dass die Beschuldigungen gegen alte Khmer Rouge-Führer eine Gefahr für den Frieden in Kambodscha darstellen könnten. Viele ehemalige Funktionäre und Führer der Khmer Rouge leben heute unbehelligt als freie Bürger, nachdem sie sich der neuen Regierung ergeben hatten.

vgl. www.dailynewsyaho.com,
21.7.2001